



Geschäftsstelle des Kommunalen Rates
bei dem
Ministerium des Innern und für Sport
Rheinland-Pfalz

1101-0001-0301 331
13. Sitzung KR 08.04.2019

8. April 2019
Tel.: 06131/163587
Fax: 06131/16173587

**Ergebnisniederschrift über die
13. Sitzung des Kommunalen Rates
in der 5. Sitzungsperiode
am 8. April 2019 in Mainz**

Sitzungsbeginn: 14.05 Uhr
Sitzungsende: 15.30Uhr
Vorsitz: Staatssekretär Randolph Stich
Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste Anlage

Tagesordnung	
Tagesordnungspunkte	Unterlagen / Hinweise
1. Niederschrift über die 12. Sitzung vom 26. November 2018	übersandt mit Schreiben vom 06. Dezember 2018
2. Landesgesetz zur Sicherung der hausärztlichen Versorgung in ländlichen Regionen des Landes Rheinland-Pfalz	KR 5/148 (MSAGD) Anlage im Umlaufverfahren mit Schreiben vom 22. Januar 2018 übersandt.
3. Landesgesetz über die Weiterentwicklung der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (Kita-Zukunftsgesetz)	KR 5/129 (BM) mit Schreiben vom 19. März 2019 übersandt
4. Entwurf einer Änderung der Landesverordnung zur Verteilung von unbegleiteten ausländischen Kindern und Jugendlichen	KR 5/155 (MFFJIV) mit Schreiben vom 19. März 2019 übersandt
5. Weitere Änderungen am Landesfinanzausgleichsgesetz (LFAG)	KR 5/156 (FM) mit Schreiben vom 19. März 2019 übersandt



**Ergebnisniederschrift über die 13. Sitzung
des Kommunalen Rates am 8. April 2019 in Mainz**

6. Entwurf eines ...ten Landesgesetzes zur Änderung verwaltungsvollstreckungsrechtlicher Vorschriften	KR 5/152 (Mdl/1) mit Schreiben vom 19. März 2019 übersandt
7. Verschiedenes	

Herr Staatssekretär Randolf Stich eröffnet die Sitzung.

Er stellt fest, dass

zu dieser Sitzung mit Schreiben vom 19. März 2019 ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Die Bekanntmachung erfolgte im Staatsanzeiger Nr. 11 vom 1. April 2019.

Für die Sitzung haben sich entschuldigt:

- Herr Landrat Dr. Brechtel und sein Vertreter Herr Landrat Schwickert,
- Herr Oberbürgermeister Ebling und seine Vertreterin Frau Weis,
- Herr Oberbürgermeister Dr. Matheis,
- Frau Oberbürgermeisterin Kaster-Meurer und ihr Vertreter Herr Oberbürgermeister Claus,
- Frau Bürgermeisterin Denker,
- Herr Bürgermeister Kruppert und sein Vertreter Herr Bürgermeister a.D. Pauly,
- Frau Beigeordnete Eder,
- Herr Stadtbürgermeister Seebald und sein Vertreter Herr Bürgermeister Simon,
- Frau Bürgermeisterin Volk und ihr Vertreter Herr Oberbürgermeister Treis,
- Herr Erbes und seine Vertreterin Frau Becker,
- Frau Metzger und ihre Vertreterin Frau Bürgermeisterin Prof. Dr. Reifenberg,
- Herr Reitzel und sein Vertreter Herr 1. Beigeordneter Wolf.

Der Kommunale Rat ist mit 16 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern nicht beschlussfähig.

Die vorgelegte Tagesordnung wird von den anwesenden Mitgliedern so angenommen.



**Ergebnisniederschrift über die 13. Sitzung
des Kommunalen Rates am 8. April 2019 in Mainz**

**TOP 1 Niederschrift über die Sitzung des Kommunalen Rates vom
26. November 2018**

Die anwesenden Mitglieder erheben keine Bedenken gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 26. November 2018.

Die Niederschrift wird von den anwesenden Mitgliedern genehmigt.



**Ergebnisniederschrift über die 13. Sitzung
des Kommunalen Rates am 8. April 2019 in Mainz**

TOP 2 "Landesgesetz zur Sicherung der hausärztlichen Versorgung in ländlichen Regionen des Landes Rheinland-Pfalz"

Drucksache KR 5/148 (MSAGD)

Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie wird vertreten durch Herrn Staatssekretär Dr. Wilhelm.

Herr Landrat Scharz begrüßt grundsätzlich die Aufnahme einer Landarztquote. Zielrichtung der mündlichen Behandlung im Kommunalen Rat sei es aber auch, eine Quote für den öffentlichen Gesundheitsdienst anzustreben. Dies war bereits in einem früheren Entwurf einmal so vorgesehen. Diesen Bereich wolle man in einem solchen Gesetz wieder mitabgedeckt haben.

Herr Staatssekretär Dr. Wilhelm erläutert ausführlich die Intention des Gesetzentwurfes zur Verbesserung der Quote für Landärzte. Man habe sich im Gesundheitsministerium des Themas nochmals angenommen und beabsichtige nunmehr auch eine Regelung für den öffentlichen Gesundheitsdienst mit einfließen zu lassen. Zu den exakten Quotierungszahlen könne man aber derzeit noch nichts sagen.

Ergebnis:

Von den anwesenden Mitgliedern des Kommunalen Rates wird der Entwurf des „**Landesgesetzes zur Sicherung der hausärztlichen Versorgung in ländlichen Regionen des Landes Rheinland-Pfalz**“ zur Kenntnis genommen.



**Ergebnisniederschrift über die 13. Sitzung
des Kommunalen Rates am 8. April 2019 in Mainz**

TOP 3 „Landesgesetz über die Weiterentwicklung der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (Kita-Zukunftsgesetz)“

Drucksache KR 5/129

Das Ministerium für Bildung wird vertreten durch Herrn Staatssekretär Beckmann, Frau Käseberg und Frau Roth.

Herr Staatssekretär Beckmann entschuldigt sich zu Beginn seiner Ausführungen für die verspätete Vorlage des Gesetzentwurfes über die Weiterentwicklung der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (Kita-Zukunftsgesetz) im Kommunalen Rat.

Zu Beginn der Ausführungen fragt Herr Landrat Scharz, über welchen Gesetzentwurf man sich nunmehr unterhalte.

Herr Staatssekretär Beckmann erläutert ausführlich das Gesetzesvorhaben. Er verweist auf die Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände und die Konsensgespräche nach dem Konnexitätsausführungsgesetz und zahlreiche weitere Gespräche, die im Zusammenhang mit diesem Gesetzentwurf geführt wurden. Insgesamt hätte man in den Konnexitätsgesprächen und im Konsensgespräch harte aber faire Diskussionen über alle strittigen Punkte geführt. Dabei habe man in einigen Punkten, wie z.B. der Toleranzgrenze, einen Konsens finden können, in einigen einen teilweisen Konsens, wie z.B. den Trägeranteil. In anderen Punkten, wie z.B. der Bedarfsplanung (platzbezogener Personalbedarf) oder die Datenerhebung und -verarbeitung, habe man keinen Konsens erzielen können. Einige Punkte - unter anderem Anspruch auf durchgehende Betreuung von sieben Stunden - seien strittig geblieben.

Herr Staatssekretär Beckmann kündigt an, dass nunmehr ein überarbeiteter Gesetzentwurf in einer zweiten Runde dem Ministerrat vorgelegt werde. Man habe dabei viele Punkte der Gespräche einfließen lassen und sei überzeugt, einen fortschrittlichen und zukunftssträchtigen Gesetzentwurf im Sinne der Weiterentwicklung der Erziehung, der Bildung und der Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege vorzulegen.

Herr Landrat Puchtler spricht das Problem der Trägeranteile an. Auch den Rechtsanspruch umzusetzen, mache Probleme. Es käme vor Ort oft zu Stresssituationen.

Herr Staatssekretär Beckmann erläutert, dass es in den Gesprächen mit den Kommunalen Spitzenverbänden und freien Trägern nicht möglich war, im Konsens einen Trägeranteil festzulegen, und stellt unter Bezugnahme auf die Regelungen des SGB VIII und des Wiesner-Gutachtens die vorgesehene Regelung dar.



**Ergebnisniederschrift über die 13. Sitzung
des Kommunalen Rates am 8. April 2019 in Mainz**

Herr Landrat Görisch spricht die Frage des Konfliktfalls zwischen Träger und Jugendamt an. Diesen Fall gelte es eindeutig zu regeln.

Herr Bürgermeister Glogger und Herr Oberbürgermeister Kissel loben die öffentliche Diskussion, aber auch die Darstellung der Schwierigkeiten und Probleme mit einem solchen nicht einfachen Gesetz. Beide zeigten sich aber zuversichtlich, dass man eine tragfähige Lösung finden könne.

Herr Landrat Schartz und Herr Bürgermeister Söhngen erkennen an, dass hier eine umfassende Darstellung des Gesetzentwurfs in all seinen Regelungen und mit all seinen Schwierigkeiten angesprochen wurde. Die Konsensgespräche nach dem Konnexitätsausführungsgesetz und weitere Gespräche seien umfassend und in ihrem Inhalt klar dargestellt worden. Es seien natürlich auch die unüberwindbaren Punkte aufgezeigt worden, zu denen kein Konsens erzielt werden konnte. Den Bericht zu den Konnexitätsverhandlungen habe man zur Kenntnis genommen. Die Kosten der kommunalen Seite werde man weiter im Blick haben und Ansprüche, die die Kommunen zu tragen hätten, diskutieren. Die Kosten der kommunalen Seite müssen klar dargestellt und transparent aufgezeigt werden. Auch die Evaluierung der Maßnahmen müsse man unmissverständlich regeln.

Herr Landrat Schartz und Herr Bürgermeister Söhngen betonen, den neuen Gesetzentwurf abzuwarten und sich gegebenenfalls vorzubehalten, diesen nochmals in einer Sitzung des Kommunalen Rates beraten zu lassen.

Staatssekretär Beckmann ergänzt noch, dass man weiterhin mit der kommunalen Seite über Inhalte und Regelungen im Gespräch bleibe. Viele Punkte seien aufgegriffen und umgesetzt worden.

Herr Staatssekretär Stich weist darauf hin, dass das parlamentarische Verfahren nunmehr seinen Fortgang nehme.

Ergebnis:

Von den anwesenden Mitgliedern des Kommunalen Rates werden die Ausführungen und Darlegungen zum „**Landesgesetz über die Weiterentwicklung der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (Kita-Zukunftsgesetz)**“ zur Kenntnis genommen.



**Ergebnisniederschrift über die 13. Sitzung
des Kommunalen Rates am 8. April 2019 in Mainz**

TOP 4 „Entwurf einer Änderung der Landesverordnung zur Verteilung von unbegleiteten ausländischen Kindern und Jugendlichen“

Drucksache KR 5/155

Das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz wird vertreten durch Frau Staatssekretärin Dr. Rohleder und Frau Schüler.

Erläuterung und Aussprache werden nicht gewünscht.

Ergebnis:

Von den anwesenden Mitgliedern des Kommunalen Rates wird der **„Entwurf einer Änderung der Landesverordnung zur Verteilung von unbegleiteten ausländischen Kindern und Jugendlichen“** zur Kenntnis genommen. Die anwesenden Mitglieder sprechen ihre Zustimmung aus.



**Ergebnisniederschrift über die 13. Sitzung
des Kommunalen Rates am 8. April 2019 in Mainz**

TOP 5 „Weitere Änderungen am Landesfinanzausgleichsgesetz (LFAG)“

Drucksache KR 5/156

Das Ministerium der Finanzen wird vertreten durch Herrn Staatssekretär Dr. Weinberg und Herrn Göller.

Herr Staatssekretär Dr. Weinberg erläutert nochmals ausführlich den im vorliegenden Vorblatt vom 15. März 2019 aufgeführten Sachverhalt und das notwendige Regelungsbedürfnis. Mit dem Gesetz werde lediglich vermieden, dass die Kommunen zwei Mal, d.h. über Landesaufnahmegesetz und Steuerverbund, Zahlungen des Landes für Asylbewerber und für Integrationskosten erhalten.

Landrat Schartz erwidert, dass dies formal ein Punkt der Eckpunktevereinbarung sei. Er kritisiere aber, dass sich das Land in anderer Weise nicht an das Eckpunktepapier halte. Er appelliere, dass nunmehr auch zeitnah die vereinbarte Evaluation der 35 Mio. Euro-Pauschale vorgenommen werden müsse. Die Zahlen der Landkreise lägen komplett vor. Durch die Verzögerungen würden letztlich den Kommunen die Finanzmittel fehlen.

Herr Staatssekretär Dr. Weinberg teilt mit, dass in diesem Zusammenhang auch die Vorgehensweise des Bundes zu betrachten sei. Das Land bekomme für diese Fälle nur marginale Anteile, denn für den Bund existierten keine Asylbewerber mit dem Status „Geduldet“.

Die angesprochene Evaluation fände derzeit statt. Die Datenlage sei aber immer noch als schwierig und nicht als komplett zu bezeichnen. Das Ergebnis sei abzuwarten.

Herr Landrat Schartz gibt zu bedenken, dass für die Kommunen das Land erster Ansprechpartner sei. Für den real in den Kommunen existierenden Personenkreis der Asylbewerber mit dem Status „Geduldet“ fehlen dann die finanziellen Mittel.

Herr Landrat Görisch kritisiert ebenfalls das Verhalten des Bundes und die Vorgehensweise.

Herr Bürgermeister Söhngen dringt nochmals darauf, dass die Evaluation so schnell wie möglich abgeschlossen werde und man sich danach erneut zu Zahlungen und mögliche Erstattungen zusammensetze.

Darüber hinaus regte er an, die Rückwirkung der Gesetzesänderung zum 1. Januar 2018 zu prüfen. Herr Staatssekretär Dr. Weinberg entgegnete, dass dies geprüft sei und weder ein Fall der echten, noch der unechten Rückwirkung vorläge. Zudem könne der KFA gemäß § 5 Abs. 3 LFAG innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren abgerechnet werden.

Ergebnis:

Von den anwesenden Mitgliedern des Kommunalen Rates werden die „**Weiteren Änderungen am Landesfinanzausgleichsgesetz (LFAG)**“ zur Kenntnis genommen.



**Ergebnisniederschrift über die 13. Sitzung
des Kommunalen Rates am 8. April 2019 in Mainz**

TOP 6 „Entwurf eines ...ten Landesgesetzes zur Änderung verwaltungsvollstreckungsrechtlicher Vorschriften“

Drucksache KR 5/152

Das Ministerium des Innern und für Sport wird vertreten durch Herrn Heeb.

Erläuterung und Aussprache werden nicht gewünscht.

Ergebnis:

Von den anwesenden Mitgliedern des Kommunalen Rates wird der **„Entwurf eines ...ten Landesgesetzes zur Änderung verwaltungsvollstreckungsrechtlicher Vorschriften“** zur Kenntnis genommen. Die Mitglieder sprechen ihre Zustimmung aus.



**Ergebnisniederschrift über die 13. Sitzung
des Kommunalen Rates am 8. April 2019 in Mainz**

TOP 7 Verschiedenes

- a) Herr Wefelscheid spricht seinen Unmut zum Vorgehen des Bundes aus. In Koblenz habe man die Unterbringung der Flüchtlinge in der Rhein-Kaserne aufgekündigt. Die Stadt habe nunmehr Container zur Unterbringung der Flüchtlinge anschaffen müssen. Diese Kosten gingen wieder zu Lasten der Kommune.
Herr Staatssekretär Stich sagt zu, dass man die Angelegenheit ansprechen werde.
Es stelle sich die Frage, ob eventuell eine militärische Nachnutzung zu dieser Entscheidung des Bundes geführt habe.
- b) Die nächste Sitzung des Kommunalen Rates ist für Montag, den 3. Juni 2019, 14.00 Uhr, vorgesehen.

Die Sitzung endet um 15.30 Uhr.

Randolf Stich
Staatssekretär
Stellvertretendes
vorsitzendes Mitglied
des Kommunalen Rates

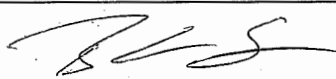
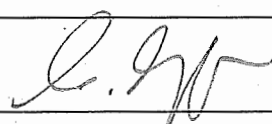
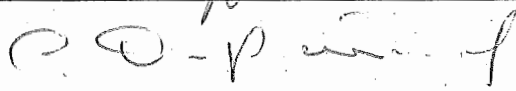
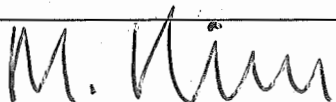
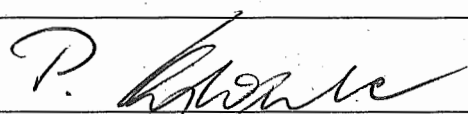
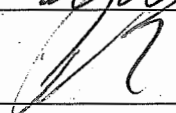
Karl Sander
Stellvertretender Protokollführer

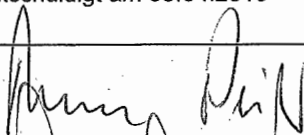
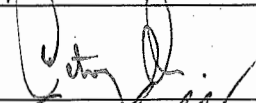
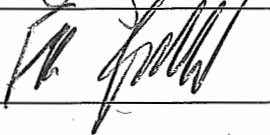
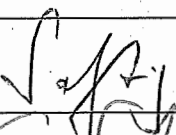

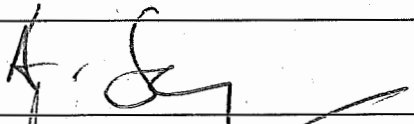
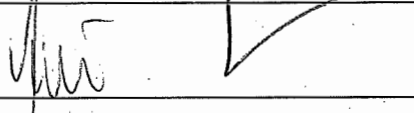
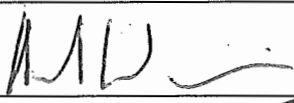

Geschäftsstelle des Kommunalen Rates
bei dem
Ministerium des Innern und für Sport
Rheinland-Pfalz
1101-0001-0301 331
13. Sitzung KR 08.04.2019

Stand: 8. April 2019

Kommunaler Rat
13. Sitzung der 5. Sitzungsperiode
am 8. April 2019
in Mainz


Mitglied

Nr.	Name	Unterschrift
1	Balthasar-Schäfer, Stephanie	
2	Dr. Brechtel, Fritz	entschuldigt am 28.03.2019
3	Denker, Anke	entschuldigt am 26.03.2019
4	Eder, Katrin	
5	Ebling, Michael	entschuldigt am 13.02.2019
6	Erbes, Heribert	entschuldigt am 22.03.2019
7	Glogger, Christoph	
8	Görisch, Ernst Walter	
9	Dr. Kaster-Meurer, Heike	entschuldigt am 29.03.2019
10	Kissel, Michael	
11	Kruppert, Andreas	entschuldigt am 26.03.2019
12	Labonte, Peter	
13	Martin, Berthold	
14	Dr. Matheis, Bernhard	entschuldigt am 27.03.2019

15	Metzger, Elisabetha	entschuldigt am 08.04.2019
16	Peifer, Thomas	
17	Petry, Manfred	
18	Puchtler, Frank	
19	Reitzel, Michael	entschuldigt am 08.04.2019
20	Dr. Saftig, Alexander	
21	Schartz, Günther	
22	Seebald, Karl-Heinz	entschuldigt am 06.04.2019
23	Söhngen, Aloysius	
24	Spiegler, Ralph	
25	Volk, Ilona	entschuldigt am 08.04.2019
26	Wefelscheid, Stephan	
27	Weidenbach, Bernd	

Stellvertretendes Mitglied

Nr.	Name	Unterschrift
28	Ableiter, Claus	
29	Becker Monika	
30	Breyer, Eveline	
31	Claus, Ralf	entschuldigt am 29.03.2019

32	Dr. Ganster, Susanne	
33	Garbes, Elvira	
34	Laschet-Einig, Gabriele	
35	Lütkefedder, Klaus	
36	Mack, Günther	
37	Mons, Hans-Joachim	
38	Müller, Klaus	
39	Pauly, Matthias	
40	Potje, Claus	
41	Przybylla, Thomas	
42	Prof. Dr. Cornelia Reifenberg	entschuldigt am 08.04.2019
43	Scherrer, Reinhard	
44	Schwickert, Achim	entschuldigt am 02.04.2019
45	Simon, Karl-Heinz	entschuldigt am 06.04.2019
46	Treis, Wolfgang	entschuldigt am 08.04.2019
47	Weis, Anita	
48	Wolf, Steffen	entschuldigt am 08.04.2019